

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

33. Jahrgang / 30

13. Februar 1976

Bundesjustizminister
Dr. Hans-Jochen Vogel
fordert die Sozialdemo-
kraten auf, die von ihnen
geschaffenen neuen Ge-
setze offensiv zu vertre-
ten.

Seite 1/2

Franklin Schultheiß wür-
digt Karl Kuhn an dessen
80. Geburtstag.

Seite 3-5

Nach dem Bundeskongreß
der Jungsozialisten:
Chance für einen neuen
Anfang.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Neues Recht muß Wurzeln schlagen

Auch für vollzogene Reformen muß Vertrauensarbeit ge-
leistet werden

Von Dr. Hans-Jochen Vogel,
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die sozialliberale Koalition hat unsere Rechtsordnung in den vergangenen Jahren an vielen Punkten im Geiste des Grundgesetzes fortentwickelt. Vielfach fehlt es jedoch an einer breiteren Kenntnis dessen, was Regierung und Parlaments zu- wege gebracht haben. Zu einer erfolgreichen Reformpolitik gehört auch, daß die Veränderungen unserer Rechtsordnung in Richtung auf mehr Gerechtigkeit und mehr soziale Sicherung deutlich gemacht werden. Wo dies nicht offensiv geschieht, geben wir dem politischen Gegner eine Chance, unsere Reformpolitik durch Lautstärke zumindest zu über- tönen oder gar zurückzudrängen. Ein fester Pflock, der Halt gebieten soll, läßt sich gewiß nicht allein aus dem Papier falten, auf dem die Gesetze gedruckt sind.

An drei Beispielen läßt sich dies zeigen:

1. Mit dem Gesetz über die Entschädigung für Gewaltopfer wurde eine Lücke geschlossen: die gesetzlichen und privaten Versicherungen decken nicht in allen Fällen das volle Risiko; zudem hilft der Schadensersatzanspruch eines

Opfers gegenüber dem Straftäter nichts, wenn der Täter nicht ermittelt wird oder mittellos ist. Auch übersteigt die Schadenshöhe oft bei weitem das, was der Täter durch eigene Leistung im Laufe seines Lebens wieder gutzumachen vermag.

Für das unschuldige Opfer steht seit über einem Jahr die staatliche Gemeinschaft ein. Dieser neue Rechtsanspruch für sozial Schwache und Hilfsbedürftige entspricht unseren Vorstellungen vom Sozialstaatsprinzip, von sozialer Gerechtigkeit und Humanität. Ein weiterer Beweis, daß Sozialdemokraten der sozialen Sicherheit einen hohen Stellenwert einräumen.

Wo aber ist draußen - in unseren Versammlungen und Veranstaltungen - die offensive Argumentation für das Opferentschädigungsgesetz und gegen alles Gerede, die sozial-liberale Koalition kümmere sich nur um die Straftäter, nicht aber um die Opfer von Straftaten?

2. Ebenfalls am 1. Januar 1977 ist das Gesetz zur vereinfachten Abänderung von Unterhaltsrenten in Kraft getreten. Es verbessert die wirtschaftliche Situation der minderjährigen Kinder geschiedener oder getrenntlebender Eltern. Diese Unterhaltsberechtigten können erstmals seit 1977 ohne weiteres eine zehnprozentige Erhöhung ihrer Unterhaltsrente verlangen. Die Jugendämter helfen dabei kostenlos durch Beratung und Unterstützung; die Vormundschaftsgerichte bestellen dem sorgeberechtigten Elternteil auf Antrag notfalls einen Beistand, der die Unterhaltsansprüche des Kindes geltend machen kann.

Aber auch hier fehlt die nötige sozialpolitische Aufklärung über das neue Gesetz. Nicht die durch Anzeigen und Broschüren - die wird pflichtgemäß von Bonn aus betrieben - sondern die in der täglichen Vertrauensarbeit der Partei.

3. Seit dem Inkrafttreten des neuen Eherechts am 1. Juli 1977 wird mancherorts verstärkt gegen angeblich negative Auswirkungen der Reform polemisiert. Generell soll damit die Vorstellung suggeriert werden, daß die Eherechtsreform nicht zu mehr, sondern zu weniger Gerechtigkeit führe. Tatsächlich aber bietet gerade dieses neue Recht eine Chance, die Gründe für die notwendigen Veränderungen unserer Rechtsordnung in Richtung auf mehr Ehrlichkeit, mehr Gerechtigkeit und mehr Gleichberechtigung ebenso deutlich zu machen wie die parteitaktischen und interessengebundenen Widerstände dagegen. Wenn neuerdings Herr Strauß das Eherecht, das von einer breiten Mehrheit im Parlament verabschiedet worden war, als "Blödsinn" diffamiert, so zeigt dies umso mehr, daß es bei den Widerständen letztlich nur um die generelle Bekämpfung jeder Reformpolitik geht.

Sozialdemokraten sollten nicht durch Schweigen in diesen Fällen weiße, nein schwarze Flecken auf der politischen Landkarte entstehen lassen. Sie sollten nicht nur Reformen fordern, vorbereiten und durchsetzen. Sie sollten vielmehr die Chance nutzen, gesetzgewordene Reformarbeit auf breiter Front zu vertreten und dem Bürger nahe zu bringen. Nur so erhalten und gewinnen wir Vertrauen für unsere Politik

(-/13.2.1978/hi/gat)

+

+

+

Ein Demokrat mit Leidenschaft

Karl Kuhn, Mitglied des Parlamentarischen Rates, zum 80. Geburtstag

Von Franklin Schultheiß

Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung

Am 14. Februar wird Karl Kuhn 80 Jahre alt. Als Fünfzigjähriger gehörte er zu den Vätern des Grundgesetzes. 1976 zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes hat er in einem Interview drei wichtige Absichten der Väter unserer Verfassung genannt:

- 1/ Deutsche und internationale Erfahrungen über Grundrechtsgeltung und demokratische Machtteilung zusammenzufassen, um Volkssouveränität bei in vieler Hinsicht "geschlagenen" Deutschen durchzusetzen.
- 2/ Die konkrete Not von in "Zonen" Hungernden durch Bürgerfreiheit sichernde deutsche Verwaltung zu beheben.
- 3/ Das Grundgesetz so "provisorisch" zu halten, daß die deutsche Einheit möglichst kurzfristig möglich bleibt.

Die Nöte von damals sind vergessen; die zeitliche Perspektive der deutschen Einheit hat sich verschoben. Das Grundgesetz erscheint in den aktuellen Diskussionen häufig nicht so sehr als Grundrecht sichernder und Gemeinsamkeit erhaltender Rahmen bei der Austragung kontroverser politischer Interessen, sondern vielmehr als Heiliges Buch, auf das sich "Kirchen" und "Sekten" unmittelbar und endgültig berufen, wenn sie ihre Ziele verfolgen. Es ist so anerkannt, daß es schon zu häufig als Waffe für Intoleranz und absolute Rechthaberei eingesetzt wird.

Es ist gut, daß die freiheitlich demokratische Ordnung unseres Grundgesetzes so selbstverständlich geworden ist, daß sie gelegentlich auch für partikulare Eigeninteressen überstrapaziert wird. Es wäre besser, wenn wir uns auf die Schwierigkeiten und Leiden bei ihrer Geburt mehr besinnen würden, um ihre Festigung und Weiterentwicklung zu betreiben.

Die Lebensläufe der Väter des Grundgesetzes sind eine Illustration dieser Schwierigkeiten und Leiden.

Karl Kuhn wird sich an seinem Feiertag an die Opfer und Wunden erinnern können, die die deutschen Demokraten seiner Generation für das heute oft zu Selbstverständliche

und als blosses Anspruchssystem Mißverständene erlitten haben. Mit jungen Jahren ist der idealistische Wandervogel in den Krieg gezogen. Seine Berufswahl, als das Töten vorbei war, hatte mit der Überwindung des Krieges zu tun: Er wollte Lehrer werden.

In Gummersbach gab es ein als liberal bekanntes Lehrerseminar. Karl Kuhn nennt es "eine Kadettenanstalt des Volksschullehrers" und hat nicht ohne Schwierigkeiten gegen die Fortsetzung des Drills mit anderen Mitteln rebelliert. Er war dann sieben Jahre im Oberbergischen als Lehrer tätig. Die Morde an Rathenau und Erzberger hatten ihn veranlaßt, der SPD beizutreten. Als er vom Oberbergischen in die Nähe von Bonn nach Troisdorf versetzt wurde, ist ihm die Sozialistische Jugendbewegung zur Heimat geworden. Er wurde wirklich Ganztagslehrer. Früh waren es die Kinder von Hüttenarbeitern, am Abend diese Arbeiter selbst, deren Bildungshunger es zu entwickeln und zu stillen galt. Was hinter dem roten Transparent "Wissen ist Macht" an konkreter persönlicher politischer Erfahrung bei denen stand, die sich unter ihm versammelten, das hat er miterlebt, erlitten und davon gelebt. Er erzählt in plastischen Bildern noch heute von den Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Zusammenarbeit mit der katholischen Arbeiterbewegung; und er hebt davon ab die gräßlichen Erfahrungen mit den Schlägergarden der SA und der billigen Demagogie kommunistischer Gewerkschaftsorganisationen. Die Abgrenzungen der Demokratie gegenüber ihren böswilligen oder nur dummen Feinden sind für ihn keine papierebenen Konstruktionen; sie sind lebendige und sehr bittere Erfahrungen.

Als die Nazis zur Macht kamen, haben sie den "roten Prediger", der sich für seine gleich eingekerkerten Genossen aus den Hüttenwerken stark machte, bald selbst in die Zelle gesetzt und dann aus dem Schuldienst suspendiert. Er wurde zu seinen Verwandten nach Bad Kreuznach ausgewiesen. Er hat dann noch versucht, ein betriebswirtschaftliches Studium an der Universität in Köln aufzunehmen und sich an den dort noch verbliebenen Resten an freiheitlichem Geist aufzurichten. Er hat sein Studium nie beenden können. Wirtschaftliche und sehr handfeste politische Unterdrückung haben das verhindert. Er weiß, was Berufsverbote sind. In der Ernährungsindustrie hat er sich in Bad Kreuznach eine Existenz aufgebaut und eine innere Emigration. In den Kriegsjahren hat er Versorgung organisiert. Um die Lebensmittel rechtzeitig in die Magazine zu bekommen, wurde daraus zunehmend auch ein lebensgefährlicher Job. Er kann den Schrecken mit rheinischer Erzählerkunst wieder lebendig werden lassen, wenn ihm die Verpflegungswagen im Köln-Bonner-Raum zerschossen wurden.

Seine demokratische Unbeflecktheit und seine Kenntnisse im Versorgungswesen prädestinierten ihn als Mann der ersten Stunde, nach der Niederringung des Nazi-Systems die

damals wichtigste Verwaltungsfunktion zu übernehmen: Der Mann, der den Hunger in seiner Heimat zu verwalten hatte. Er mußte gegenüber Amerikanern - deren Fairneß als Besatzer er zu loben weiß - und Franzosen - für deren Siegerbedürfnisse er Verständnis hatte und hat - um Milch und Zucker für die Kleinstkinder kämpfen. Eine Aufgabe, die wahrhaftig demokratische Tugend erforderte, und nicht nur Adenauer und Schumacher hatten ihre zur Legende gewordenen Schwierigkeiten mit den Besatzungsmächten.

Karl Kuhn hat das Kundstland Rheinland-Pfalz mit aufbauen geholfen und mit seinen Parteil Freunden bei allen Schwierigkeiten und Vorbehalten für eine politische Integration dieses Landes gesorgt. Er war von 1947 bis 1967 Mitglied des Landtages, und es hat lange gedauert, bis er die aufgezwungene Rolle des Versorgungsfachmannes wieder mit der des Bildungspolitikers vertauschen konnte. Er hat dann mit Überzeugung für die Simultanschule gefochten mit ganz ursprünglichem Respekt gegenüber religiösen Bindungen und nicht als Schule einer dritten säkularen Konfession.

Aber er ist auch als Politiker bis zum heutigen Tage Lehrer geblieben. Ein Lehrer, der immer weiter lernt, um seine Erfahrungen, Kenntnisse und Erkenntnisse weiter zu vermitteln. Karl Kuhn hat auch in Parteiversammlungen nie den demagogischen Knüppel geschwungen, sondern politisches Lernen zu organisieren versucht. Karl Kuhn war, sei es in den Volkshochschulen, sei es in den Bildungsorganisationen der Gewerkschaft und der Partei oder sei es in der Fortbildung von jungen Beamten, wo er als Lehrer tätig war, immer zugleich als Politiker in der Verantwortung. Als Politiker, der seiner Heimatstadt Bad Kreuznach als Bürgermeister zur Verfügung stand, der die Bildungspolitik im Lande beeinflusste und der den Rahmen unserer Bundesverfassung mitgestaltet hatte. Karl Kuhn brauchte und braucht den Kontakt zur Jugend und hat ihn bis heute behalten, weil er sich nie professionell abschottete. Vielleicht ist er deshalb im Herzen und im Geiste jung geblieben.

Politiker und Lehrer kann man beides nicht sein ohne Leidenschaft; und Karl Kuhn hat seine Aufgaben mit Leidenschaft wahrgenommen. Ich habe ihn aber nie respektlos über einen Gegner sprechen hören. Er weiß immer, auch und gerade beim politischen Gegner, die persönlichen Stärken zu entdecken, und über die Schwächen spricht er eher mitleidig humorvoll.

Ich habe Karl Kuhn in der politischen Bildungsarbeit kennengelernt und selten von einem Menschen der vorausgegangenen Generation so viel gelernt. Und für die politische Bildung wünschte ich mir, daß es mehr Karl Kuhns gäbe in jeder Generation. Für mich ist Karl Kuhn nicht nur Lehrer und Freund, sondern auch personalisierte Verfassungsaufklärung. Wenn man das doch vervielfältigen könnte. (-/13.2.1978/ks/hgs)

Gemeinsam die Chance zum Neuanfang nutzen

SPD darf Jungsozialisten nach dem Hofheimer Kongress nicht allein lassen

Mit der Verabschiedung eines Aktionsprogramms und der Wahl des neuen Bundesvorstandes, in dem alle drei Juso-Gruppierungen entsprechend der in der Organisation vorhandenen Mehrheitsverhältnisse vertreten sind, ist es auf dem am Wochenende in Hofheim/Taunus stattgefundenen Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten noch einmal gelungen, die Nachwuchsorganisation der SPD vor einer internen Zerreißprobe zu bewahren. Es käme allerdings einer Schön-Färberei gleich, jetzt behaupten zu wollen, die Jusos hätten ihre Krise überwunden. Die Krise, oder wie Egon Bahr es ausdrückte, das Leck am Juso-Schiff, existiert nach wie vor; die ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den "Reform-Sozialisten" auf der einen und den "Antirevisionisten" und "Stamokap"-Vertretern auf der anderen Seite, aber auch untereinander; scheinen schier unüberwindbar. Die Annahme, daß hier in naher Zukunft ein gemeinsamer Nenner gefunden werden könnte, ist illusorisch.

Eine Illusion ist es allerdings nach Hofheim nicht mehr, die Vermutung anzustellen, daß es den Jungsozialisten in den nächsten Monaten gelingen könnte, den Theorie-Streit ein wenig in den Hintergrund zu stellen und sich schwerpunktmäßig auf Felder der praktischen Politik zu konzentrieren. Das Bestreben des neu gewählten Juso-Bundesvorsitzenden Gerhard Schröder, ein möglichst enges Verhältnis zu der Gewerkschaftsjugend herzustellen, läßt hoffen, daß sich die Jungsozialisten nach einem Jahr der Quasi-Handlungsunfähigkeit wieder auf das ureigenste Arbeitsfeld einer politischen Jugendorganisation besinnen, nämlich auf die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend in diesem Lande. Konkret heißt dies die aktive und offensive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Das von allen drei Gruppierungen gemeinsam getragene Aktionsprogramm zeigt eine Fülle von Gemeinsamkeiten in der praktischen politischen Arbeit auf. Es ist eine praktische Handlungsanweisung nicht nur für den neuen Bundesvorstand, sondern auch für die Arbeit der Jungsozialisten in den Unterbezirken und Bezirken. Die Umsetzung dieses Aktionsprogramms - wenn auch nur in einzelnen Schwerpunkten, auf die es sich zu konzentrieren

gilt - eröffnet die Möglichkeit, wieder verstärkt Vertrauen und Verständnis, möglicherweise auch neues Engagement bei der Jugend für die SPD und ihre Nachwuchsorganisation zu gewinnen. Diese Chance zum gemeinsamen Neuanfang bei den Jungsozialisten gilt es zu nutzen.

Ausführlich ist während des Hofheimer Kongresses auch über das Verhältnis der Jungsozialisten zur SPD diskutiert worden. Daß es hiermit in letzter Zeit nicht immer zum Besten bestellt war, wird niemand leugnen können, auch nicht, daß sowohl bei der Mutterpartei als auch bei den Jungsozialisten Fehler gemacht wurden, die zu einer Verkrampfung auf beiden Seiten geführt hatten. Die im Aktionsprogramm getroffene Feststellung, daß für Jungsozialisten die Mitgliedschaft in der SPD eine "prinzipielle Entscheidung" sei, und die deutliche Absage an die DKP, aber auch der während des Kongresses von allen Jungsozialisten geäußerte Wille, ihren Beitrag zur Entkrampfung bei der Zusammenarbeit in und mit der Partei zu leisten, bietet ebenfalls die Chance zu einem Neuanfang.

Egon Bahr hat in Hofheim die Bereitschaft des Parteivorstandes bekundet, mit dem neuen Vorstand der Jungsozialisten einen neuen Anfang zu machen, in kritischer Solidarität, und dies auf Gegenseitigkeit. Die Chance ist gegeben. Sie muß nun von allen Sozialdemokraten, nicht nur auf Bundesebene, sondern in sämtlichen Gliederungen der Partei, aufgegriffen werden. Nur gemeinsam wird es gelingen, die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten wieder handlungsfähig zu machen.

Als Echo auf den Juso-Bundeskongreß wird nun wieder das Geschrei der Reaktion - von Strauß bis Springer - beginnen, daß die Jungsozialisten eine Partei in der Partei darstellen, daß sie im Grunde keine Sozialdemokraten seien und nicht in die SPD gehörten. Parolen, wie man sie seit Jahren immer wieder zu hören bekommt. Diesen Tönen sollte kein Sozialdemokrat auf den Leim gehen. Der erneute Versuch, einen Keil zwischen Partei und Jungsozialisten zu treiben, der von den Unions-Parteien so sicher wie das Amen in der Kirche kommen wird, sollte gemeinsam und solidarisch abgewehrt werden. Man mag als Sozialdemokrat, wo immer man im Spektrum der Partei angesiedelt ist, den einen oder anderen in Hofheim gefaßten Beschluß für falsch halten; aber es hat während des diesjährigen Kongresses keine Beschlüsse gegeben, die mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar wären.

Code Japs

(-/13.2.1978/ks/hgs)

+ + +